

Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chósebus



Antrag

Antrags-Nr.:
007/08

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: Fraktion DIE LINKE.

Antragsdatum:
09.04.2008

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathausspitze		☐ Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten	
☐ Haushalt und Finanzen		☐ Umwelt	
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☐ Hauptausschuss	
☐ Wirtschaft		☒ Stadtverordnetenversammlung	23.04.2008
☐ Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	

Antragsgegenstand:

Zur Anwendung einer verständlichen und bürgerfreundlichen Verwaltungssprache

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Stadtverordnetenversammlung Dezember 2008 eine Konzeption für die Verwendung einer verständlichen und bürgerfreundlichen Verwaltungssprache in der Stadtverwaltung Cottbus vorzulegen.

Begründung:

Seit mehreren Jahren gibt es in vielen Städten und Landkreisen Bemühungen zur Verwendung einer bürgerfreundlichen Verwaltungssprache. Genannt seien Harburg, Soest und Kassel. Dabei wurden verschiedene Methoden eingesetzt (Schulungen, Seminare, Schreibwerkstätten, Erarbeitung von Musterbriefen und Stilkfibern). Die jetzige Verwaltungssprache ist für ungeübte Leser oft schwer verständlich. Der kompakte und zugleich auf Genauigkeit bedachte Stil ist für Laien oft kaum nachvollziehbar, umständlich und unpersönlich, manchmal sogar regelrecht unfreundlich.

Er entspricht nicht den zeitgemäßen Forderungen nach einer kundenorientierten Kommunikation zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern.

Sprache soll in der Kommunikation zwischen Bürgern und der kommunalen Verwaltung Brücke und nicht Barriere sein. [b.w.]

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: **TOP:**

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**

Fortsetzung Begründung:

Einen Schwerpunkt dabei bildete die Eindämmung von Anglizismen („Denglisch“). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen es lernen, eine verständlichere Sprache zu sprechen; Formulare, Bescheide und Schreiben leicht verständlich und dennoch exakt zu formulieren.

Menschen müssen verstehen, welche Angebote, Rechte und Pflichten sie in ihrer Kommune haben. Nur so wird Demokratie möglich und lebendig.

Im Ergebnis der Umsetzung der Beschlüsse in obigen Städten und Landkreisen konnte festgestellt werden, daß auch der Verwaltungsaufwand geringer wird. So haben sich Beschwerden, Widersprüche, Dienstaufsichtsbeschwerden, Klagen und Anfragen zu Gebührenbescheiden und amtlichen Schreiben deutlich reduziert, so daß weniger Antwortschreiben der Verwaltung erforderlich wurden.

Literaturhinweise:

- Kreis Soest: Verwaltungstexte verständlich schreiben - Arbeitshilfe, Soest 2004 (www.kreis-soest.de/buergerservice/verwaltungsmodernisierung/Arbeitshilfe.pdf)
- Bundesverwaltungsamt: BBB-Arbeitshandbuch Bürgernahe Verwaltungssprache, Köln 2002 (www.bundesverwaltungsamt.de)